

Informationen der Grünen Liste Hirschberg

Newsletter #21

Toller Erfolg der GLH beim Lärmschutz.

Fraktion stimmt Sporthallensanierung, Maßnahmen zum Lärmschutz und Fortführung des Integrationsmanagements zu und setzt sich mit weitergehenden Forderungen durch

Noch kurz vor Weihnachten standen im Gemeinderat wichtige Entscheidungen an. Neben dem von der Gemeinde eingebrachten Haushaltsentwurf für 2021, der Anfang des kommenden Jahres diskutiert werden soll, standen Grundsatzbeschlüsse zur Sanierung der Turnhallen in Hirschberg, die Umsetzung von Maßnahmen des Lärmaktionsplans sowie die Fortsetzung des erfolgreichen Integrationsmanagements der Gemeinde auf der Tagesordnung. Erfreulich dabei, dass sich die GLH-Fraktion in wichtigen Punkten einer Ergänzung oder Erweiterung der Maßnahmen durchsetzen konnte. Zuletzt wurde SPD-Rätin Evi Pfefferle verabschiedet, die nach 16 Jahren aus dem Gemeinderat ausscheidet.

Sporthallen: teure Projekte mit Zukunft

Die GLH stimmt der vorgeschlagenen Sanierung der Hallen und der Erweiterung um ein 3. Spielfeld zu. Kostenpunkt: fast 9 Mio. Euro bis 2024. „Das ist ein wichtiges Signal an alle Hirschberger Vereine und gerade auch den Breitensport“, so Fraktionsvorsitzende Monika Mul-Vogt. Im Gemeinderat bestand Einigkeit darüber, dass unabhängig von allen anderen erforderlichen Maßnahmen der Hallenboden der Heinrich-Beck-Halle erste Priorität habe. Alle weiteren Schritte werden im kommenden Jahr in den Ausschüssen bzw. im Gemeinderat zu diskutieren und festzulegen sein, auch in enger Abstimmung mit den betroffenen Vereinen.

Die GLH hat den Anbau an die Sachsenhalle von Anfang an aus ökonomischen Gründen präferiert, da insbesondere die Grundschule akute Platznot in Bezug auf eine Mensa sowie die Nachmittagsbetreuung hat und dieser Platzbedarf durch die Schaffung von neuen Mehrzweckräumen gelöst werden kann. Ebenso stimmt die GLH der Umsetzung der Maßnahmen in verschiedenen Bauabschnitten zu, da eine Realisierung in anderer Form weder finanziell, zeitlich noch von den Arbeitsabläufen möglich ist.

Wichtig dabei: Kultur sollte mitgedacht werden, konkretes Herangehen dann, wie im Beschluss formuliert, wenn alles andere abgeschlossen ist und eine finanzielle und zeitliche Machbarkeit absehbar ist.

Kritisch steht die GLH dem Ausbau der Heinrich-Beck-Halle für die 2. Handball-Bundesliga gegenüber. Dieser Punkt muss unbedingt nochmals geprüft werden, vor allem weil es diesbezüglich auch aus der SGL heraus kritische Stimmen gab. Die Verwaltung sollte sich zudem mit der SGL zusammensetzen und besprechen, in welcher Weise die SGL beabsichtigt, sich an den Kosten eines solchen Ausbaus zu beteiligen. Zudem müsse die Verwaltung überprüfen, ob die Gemeinde die Kosten für die Herstellung „Bundesligatauglichkeit“ einfach so übernehmen kann, da es sich dabei quasi um Zuschüsse für eine private Firma – die GmbH – handelt, bzw. ob dann in Folge entsprechende Mieten in Rechnung gestellt werden müssen.

Ein für die GLH äußerst wichtiger Punkt bei den Hallensanierungen war, dass die energetische Sanierung von Anfang an mit einbezogen wird. Denn wenn eine Sanierungsmaßnahme abgeschlossen ist, ohne dies zu berücksichtigen, wird auf lange Zeit nichts mehr passieren, was auch fatal im Hinblick auf die Folgekosten wäre.

Lärmschutzplan – gefühlter Lärm ist relativ, durch Lärm verursachte Schäden sind objektiv nachweisbar

Lärm und Verkehr zählen zu den größten Umweltproblemen einer Gesellschaft, deren Wohlstand von Mobilität und Warentransport abhängt. Mit der „Umgebungslärmrichtlinie“ hat die Europäische

Union ein rechtliches Instrument nicht nur zur Bekämpfung des Umgebungslärms geschaffen, sondern auch durch verkehrsberuhigende Maßnahmen zur Sicherheit beigetragen.

Die im Bundesimmissionsschutzgesetz eingefügte Lärminderungsplanung erfordert eine Lärmkartierungspflicht, die nach europäischem Recht die Städte und Gemeinden verpflichtet, einen Lärmaktionsplan aufzustellen.

Der erstmalig für 2015 aufgestellte Lärmaktionsplan der Gemeinde Hirschberg führte zu einer Temporeduzierung in der Ortsdurchfahrt Großsachsen auf 30 km/h. Der seinerzeit geforderte Einbau eines lärmindernden Asphalts in beiden Ortsdurchfahrten durch den Bund als Baulastträger einer Bundesstraße blieb bislang aus.

Die GLH hat schon immer die Erstellung eines Lärmaktionsplans sowie auch dessen Fortschreibung gefordert und sich dafür eingesetzt. Mit Erfolg. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde eine Fortführung mit Umsetzung der nächsten Maßnahmen beschlossen. Natürlich unterstützt die GLH-Fraktion im Gemeinderat die Maßnahmen zur aktuellen Lärmaktionsplanung, der z.B. ein ganztägiges Tempo 30 für die B3 in beiden Ortsteilen, die L 596 und die Talstraße in Großsachsen sowie die Heddesheimer Straße in Leutershausen vorsieht.

Darüber hatte die GLH vorgeschlagen den Plan um folgende Maßnahmen zu erweitern:

1. Bei einer Fahrbahnsanierung mit lärmoptimierten Asphalt in Großsachsen diesen zwischen Hohensachsener Straße und über die Lobdengaustraße hinaus bis zur Abzweigung zum Sterzwinkel hin und in Leutershausen schon ab der Lindenstraße und nicht erst ab der Heddesheimer Straße bis zur Goethestraße auszubauen.
2. Das Ortsschild in Großsachsen sollte in Richtung Süden bis zur Ampel Abzweigung L 541 zu versetzen.
3. Zwischen den beiden Ortsteilen, von Ortsschild zu Ortsschild, auf der B3 ein Tempolimit von 70 km/h einzuführen.

Verlängerung der Integrationsarbeit mit Geflüchteten um 24 Monate

Die GLH stimmte auch dem Beschlussvorschlag der Gemeinde zu, beim Land Baden-Württemberg den Antrag auf weitere Bezuschussung des Integrationsmanagements zu stellen und somit auch den Vertrag mit dem Deutschen Roten Kreuz für weitere 24 Monate zu verlängern.

„Wir sind froh, eine solche Halbtagsstelle als Integrationsmanager/in in der Gemeinde Hirschberg zu haben. Gerade die letzten Jahre wurde es deutlich, wie sehr eine solche Stelle auch in unserer Gemeinde nötig war und immer noch ist. Frau Alizadeh hat ihre Arbeit dem Gemeinderat sehr eindrücklich vorgestellt, wir konnten uns von der Wichtigkeit dieser Integrationsarbeit überzeugen. Wir freuen uns daher, dass die Gemeinde die Möglichkeit hat, für weitere 24 Monate Fördergelder zu erhalten“, brachte Gemeinderätin Claudia Helmes zum Ausdruck.

Aus Sicht der GLH wäre es aber wünschenswert für die Zukunft, den Stellenanteil erhöhen zu können, da die Aufgaben sehr vielschichtig sind und man so sicherlich noch mehr erreichen könnte – vielleicht nicht nur Unterstützung von Geflüchteten, sondern auch Hirschberger Bürger:innen in entsprechenden Lebenslagen.

Abschließend bat die GLH die Verwaltung um eine Art Statusbericht, aus dem ersichtlich ist, wie viele Geflüchtete im Laufe der vergangenen Jahre nach Hirschberg gezogen sind, wie viele aktuell noch in der Gemeinde wohnhaft sind und ob Hirschberg noch Kapazitäten für weitere Zugewanderte besitzt.

Dankende Worte zur Verabschiedung von Evi Pfefferle

Für die GLH-Fraktion bedankte sich Gemeinderat und stellvertretender Bürgermeister Karlheinz Treiber für die langjährige und gute Zusammenarbeit mit Ratsfrau Evi Pfefferle, die 16 Jahre für die Hirschberger SPD im Gemeinderat saß und die vergangene Woche an ihrer letzten Sitzung teilnahm.

„Deine Warmherzigkeit und deine Anteilnahme sind einzigartig, du bist meist gut gelaunt unterwegs und hast für die eigenen Schicksalsschläge und die Kümmernisse anderer stets ein aufmunterndes Wort bereit, keine tröstenden Worthülsen, sondern ehrliche Gedanken der Hoffnung und der Zuversicht. Du schöpfst aus der Kraft deines Glaubens.“

Mit deinem Abschied wird die Welt des Gemeinderates ein Stück kälter; nunmehr liegt es an uns alleine, den Menschen in unsere Gemeinde die notwendige Wärme zurückzugeben, die eine Gesellschaft braucht, um lebenswert zu sein“, fand Treiber passende Worte.

Der viel gelobte Faktencheck von GLH und SPD zum Gewerbegebiet

Am Mitte Dezember 2020 veröffentlichten die beiden Lokalzeitungen einen ausführlichen Faktencheck von SPD und Grüner Liste Hirschberg als Beitrag zur Diskussion um die Erweiterung des Hirschberger Gewerbegebiets. Dieser stieß bei Bürgerinnen und Bürgern auf großen Anklang. Deswegen wollen wir ihn hier gerne noch einmal veröffentlichen.

Ein ausführlicher Faktencheck

Am 14. März 2021, dem Tag der Landtagswahl, werden die Hirschberger Bürger darüber abstimmen, ob eine großflächige Erweiterung ihres Gewerbegebiets und damit eine großflächige Bodenversiegelung umgesetzt wird oder nicht. SPD und GLH unterziehen die Argumente der Befürworter der Maßnahme daher an dieser Stelle einem ausführlichen Faktencheck:

Behauptet wurde, es handele sich bei dem betreffenden Gebiet um schlechten Boden.

Fakt ist: Im Flächennutzungsplan des Nachbarschaftsverbands ist genau an dieser Stelle eindeutig von hochwertigen Böden die Rede. Zudem liegt das betreffende Gelände in einem Wasserschutzgebiet. Der Flächennutzungsplan spricht hier von einer potentiellen Gefahr bei Eingriffen in Grundwasser führende Schichten und einem hohen Gefährdungspotential des Grundwassers gegenüber Verunreinigungen. Weiterhin handelt es sich, gemäß Flächennutzungsplan, um ein Kaltluftsammlgebiet.

Behauptet wurde eine mögliche Anbindung an die Heddesheimer Straße als Folge der großflächigen Erweiterung wäre „Fake News“. Darüber hinaus wurde die sogenannte „Nordspange“ als Lösung aller Verkehrsprobleme angeführt.

Fakt ist: Die aktuell einzige Zufahrt des bestehenden Gewerbegebiets, der obere Kreisel, ist in sehr schlechtem Zustand und bereits jetzt ein Nadelöhr, bei dem sich zu den Hauptverkehrszeiten Staus bilden. Die derzeitige massive Erweiterung des Autohofs wird zu einer weiteren Steigerung des Schwerlastverkehrs beitragen. Da eine der Zufahrten des Kreisels direkt von der Autobahn aus erfolgt, muss zudem ein Rückstau auf die Autobahn vermieden werden. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass es strenge Auflagen für eine mögliche Erweiterung des Gewerbegebiets gibt. Hirschberg kann in dieser Frage nicht allein entscheiden. Dies schlägt sich bereits jetzt in den entsprechenden Gutachten und Stellungnahmen nieder: In der „Regionalen Gewerbeflächenstudie Metropolregion Rhein Neckar“ spricht aber folgerichtig im Hinblick auf die aktuelle Verkehrsanbindung von einem „Flaschenhals“ und schlägt daher vor, „eine zweite Anbindung in südlicher Richtung an die Heddesheimer Straße zu realisieren“. Das hätte natürlich massive Konsequenzen – nicht nur, aber besonders für die Anwohner und Nutzer der Heddesheimer Straße und der B3 in Leutershausen. Die hauptsächlich von der FDP angesprochene „Nordspange“ ist derzeit reines Wunschdenken.

Behauptet wurde, dass das bestehende Gewerbegebiet Vorzeigecharakter hätte und dadurch 3000 Arbeitsplätze geschaffen worden wären.

Fakt ist: Bei einer Begehung des Gewerbegebietes mit der Presse konnten bei rund 80% der Firmen offensichtliche Verstöße gegen die ökologischen Auflagen des Bebauungsplans ausgemacht werden. Ein „Vorzeigeprojekt“ sieht in diesem Punkt sicher anders aus.

Wie viele Arbeitsplätze durch das bestehende Gewerbegebiet tatsächlich neu geschaffen wurden, ist nicht erwiesen. Es liegen keine konkreten Zahlen vor, welche Arbeitsplätze wo und in welcher Anzahl entstanden sind und wie viele davon eigentlich nur verlagert wurden. Wer hier eine konkrete Zahl nennt, gibt eine reine Spekulation wieder.

Behauptet wurde, dass durch eine Erweiterung des Gewerbegebiets beträchtliche zusätzliche Steuereinnahmen generiert würden. Mit diesen Einnahmen sollen dann Vorhaben wie die Hallensanierungen, die dritte Halle, das Bürgerhaus oder zum Beispiel die Vereinszuschüsse (mit-)finanziert werden

Fakt ist: Eine Erhöhung der Steuerinnahmen wird zu einem Großteil kompensiert durch eine damit einhergehende Verringerung der Schlüsselzuweisungen, die die Gemeinde vom Land erhält.

Darüber hinaus sind diese Steuereinnahmen nicht gesichert. So haben sinkende Gewerbesteuererinnahmen gerade in den letzten beiden Jahren zu Haushaltssperren und Nachtragshaushalten im Hirschberg geführt – und das bereits vor Corona.

Bis eine Erweiterung des Gewerbegebietes Einnahmen generiert, vergehen viele Jahre, in denen die Planung durchgeführt und die Infrastruktur geschaffen werden muss. Danach muss sich erst einmal Gewerbe ansiedeln. In der aktuellen Krisensituation ist die Nachfrage unsicher. Eine reine Verlagerung einer Firma vom bestehenden Gewerbegebiet in die geplante Erweiterung generiert auch nicht zusätzliche Einnahmen. In den ersten Jahren werden die Betriebe zudem ihre Investitionen in Infrastruktur und neue Gebäude steuermindernd abschreiben. Den (überschaubaren) Erträgen stehen aber Aufwände für die Gemeinde gegenüber, z.B. für den Unterhalt der Infrastruktur. Straßen, Kanalisation, Beleuchtung, Anbindung ans Fibernet, Begrünung und Verkehrssicherheit generieren laufende Kosten.

Wer unter diesen Voraussetzungen in absehbarer Zukunft einen Geldsegen erwartet, der die aktuell in Hirschberg diskutierten Vorhaben auch nur ansatzweise finanziert, verkennt die Lage und die Fakten.

Fazit: Von den Argumenten der Befürworter bleibt bei genauer Betrachtung der Faktenlage nicht viel übrig. Gegen die Erweiterung spricht jedoch eine ganze Menge: Neben den bereits beschriebenen laufenden Kosten ist dies vor allem die massive Bodenversiegelung, die nicht mehr in die heutige Zeit passt und kritisch hinterfragt werden muss. Faktoren wie Umweltschutz, Tierschutz, Klimaschutz und Wasserschutz kommen hinzu. Besonders kritisch ist darüber hinaus das große Thema Verkehr. Die aktuelle Anbindung über den Kreisel wird voraussichtlich den zusätzlichen Verkehr nicht verkraften. Aktuelle Studien bringen ganz konkret die Anbindung über die Heddeshheimer Straße ins Spiel.

All diese Themen werden wir, die Hirschberger SPD und GLH, in den kommenden Monaten bis zum Bürgerentscheid ausführlich weiter beleuchten und die Hirschberger Bürger ausführlich darüber informieren. Mit Sorgen sehen wir die weiter um sich greifende Flächenversiegelung und die Folgen für Mensch und Natur.

Aufgrund der genannten Faktenlage können SPD und GLH die geplante großflächige Erweiterung des Gewerbegebiets nicht mittragen und unterstützen daher das Anliegen des Bürgerentscheids zur Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses. Sie setzen sich für eine deutlich maßvollere und nachhaltigere Planung für Gewerbeentwicklung ein, die Flächenversiegelung in diesem Ausmaß eben nicht als einzige Option sieht und insbesondere auch Alternativen einbezieht und abwägt. Dafür werben wir. Die drei Jahre, die bei einem positiven Ergebnis des Bürgerentscheids gewonnen werden, könnten genau dafür sehr sinnvoll eingesetzt werden.

Termine

Information zum „Klimaschutzplan Rhein-Neckar“ am 7. Januar 2021

Der Kreistagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen lädt am 7. Januar 2021 zu einer Online-Informationsveranstaltung zum Klimaschutzplan des Rhein-Neckar-Kreises ein.

Klimaschutz im Rhein-Neckar-Kreis: Welche Energiewende wollen wir? - Einstieg in die Öffentlichkeitsbeteiligung

Der Rhein-Neckar-Kreis hat unlängst ein ehrgeiziges Ziel ins Auge gefasst: Im Entwurf des neuen Klimaschutzkonzeptes wird die Klimaneutralität bis 2040 angepeilt. Das ist ein großer Schritt nach vorne im Vergleich zu bisherigen Planungen.

Aber die Frage, mit welcher Art Energiewende dies erreicht werden soll, bleibt bislang unbeantwortet: Wieviel Photovoltaik wollen wir nutzen und wo, ebenso Wind, Biomasse, Geothermie: Welche Energiewende wollen wir?

Der Rhein-Neckar-Kreis lädt ab Anfang Januar alle Interessierten zur Beteiligung an der Diskussion auf

<https://beteiligung-im-kreis.de/rheinn.../de/home/beteiligen> ein.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Rhein-Neckar-Kreistag veranstaltet daher am 7. Januar 2021 um 19:30 eine Online-Informationsveranstaltung (Details siehe unten), bei der wir über den Stand und die nun anstehenden Entscheidungen informieren.

Einen ersten Eindruck zum Thema kriegt ihr hier: <https://www.youtube.com/watch?v=3Ys3173YDuo>

Meldet Euch zu Wort, gebt dem Klimaschutz in diesem Prozess eine starke Stimme. Wir zählen auf Eure Beteiligung. Diese Einladung gerne weiter verteilen.

Einladung zur Online Konferenz in GotoMeeting:

Klimaschutz im Rhein-Neckar-Kreis: Aufruf zur Öffentlichkeitsbeteiligung
Do., 7. Jan. 2021 19:30 - 21:00 (CET)

Teilnahme:

<https://global.gotomeeting.com/join/992818205>

Sie können sich auch über ein Telefon einwählen.

Frohe Weihnachten und ein gesundes 2021

Wie wünschen allen Leser: innen eine erholsame und friedliche Weihnachtszeit. Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut ins neue Jahr 2021. Lassen Sie uns gemeinsam zuversichtlich sein, dass im Laufe des Jahres die gravierenden Folgen der Corona-Pandemie nach und nach ihre Kraft verlieren und in unserer Gesellschaft in gleichem Maße die Kraft wächst den großen Herausforderungen, denen wir auch nach der Corona-Krise immer noch gegenüberstehen werden, zu begegnen.

Mit grünen Grüßen

Der Vorstand der Grünen Liste Hirschberg

Dr. Claudia Schmiedeberg, Arndt Weidler, Susanne Alizadeh, Manju Ludwig und Thomas Herdner

Kontakt & Impressum für diesen Newsletter

Arndt Weidler
Beethovenstraße 4
69493 Hirschberg
06201 873656

kontakt@gruene-liste-hirschberg.de